



Ernährungssicherheit ja! Aber wie?

Die Suche nach einer ökologisch, sozial und ökonomisch verträglichen Ressourcennutzung

Dokumentation der Entwicklungspolitischen Diskussionstage
am 30. Mai 2012

Version vom 29.6.2012

Vorbehaltlich Änderungen von C.Chemnitz und M.Windfuhr

Entwicklungspolitische Diskussionstage 2012

Ernährungssicherung ja! Aber wie?

Die Suche nach einer ökologisch, sozial und ökonomisch
verträglichen Ressourcennutzung

ReferentInnen

Dr. Thomas Breuer, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Astrid Jakobs de Pádua, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

Christine Chemnitz, Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)

Michael Windfuhr, Deutsches Institut für Menschenrechte

Die Argumentationen der einzelnen Podiumsgäste spiegeln nicht notwendigerweise die Position der jeweiligen Institution wider, sondern auch persönliche Meinungen.

Veranstalter

Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE)
Humboldt-Universität zu Berlin
Hessische Str. 1-2
10099 Berlin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Abteilung Internationale Zusammenarbeit
Schumannstr. 8
10117 Berlin

Organisation

TeilnehmerInnen des 50. Jahrgangs des SLE:
Emil Gevorgyan, Mattes Tempelmann, Lloyd Blum, Jakob Lutz, Enno Mewes

Redaktion

Eva Range

Vorwort

Seit 2002 veranstalten das SLE und die Heinrich-Böll-Stiftung die Entwicklungspolitischen Diskussionstage in Berlin. Auch in diesem Jahr diskutierten ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis mit dem interessierten Fachpublikum drei aktuelle Themen der Entwicklungspolitik:

- **Ernährungssicherung ja! Aber wie? Die Suche nach einer ökologisch, sozial und ökonomisch verträglichen Ressourcennutzung**
- Innovation, Stagnation oder Rückschritt – Macht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sich überflüssig?
- „Ab in den Norden?“ Trends und Herausforderungen für den Personaleinsatz in der Entwicklungszusammenarbeit

Die Veranstaltungen wurden von StipendiatInnen der hbs sowie den TeilnehmerInnen des 50. Jahrgangs des SLE vorbereitet und moderiert. Die Entwicklungspolitischen Diskussionstage sind Bestandteil des Programms des SLE, das Nachwuchskräfte für die Internationale Zusammenarbeit ausbildet. Sie sind eine inhaltliche und finanzielle Kooperation zwischen der hbs und dem SLE. Sie fanden in der Beletage der hbs in der Schumannstraße statt.

Die vorliegende Dokumentation hält die Diskussionen des ersten Veranstaltungstages (30.05.2012) fest und beinhaltet eine thematische Einführung sowie einen Überblick über die Beiträge der ReferentInnen. Darüber hinaus sind die wichtigsten Stränge und Kontroversen der Podiums- und Publikumsdiskussionen zusammengefasst. Wir hoffen, dass wir die vielen interessanten Anstöße und Anregungen der beiden Veranstaltungstage somit an eine breite Fachöffentlichkeit weitergeben können. An dieser Stelle sei noch einmal allen gedankt, die zum Gelingen der Entwicklungspolitischen Diskussionstage 2012 beigetragen haben.

Dr. Susanne Neubert (SLE)

Steffen Heizmann (hbs)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Inhaltliche Einführung | 5 |
| Eingangsstatements der ReferentInnen | 7 |
| Die Podiumsdiskussion | 12 |
| Die Publikumsdiskussion | 15 |
| Abschlussstatements | 17 |
| Anhang | 18 |
| <i>Kurzbiografien der ReferentInnen</i> | <i>18</i> |

Inhaltliche Einführung

Ernährungssicherung ja! Aber wie? Die Suche nach einer ökologisch, sozial und ökonomisch verträglichen Ressourcennutzung

Ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich erschienen sind, um mit uns dieses spannende Thema zu diskutieren, das nicht allein durch die anstehende Rio-Konferenz im Fokus stehen sollte. Auch wenn Nahrungsengpässe, wie die schleichende Hungerkrise im Sahel und am Horn von Afrika uns das Hungerproblem immer wieder ins Bewusstsein rufen, hat die Beschäftigung mit wirklich langfristigen Lösungsansätzen in den letzten Jahrzehnten nie an Aktualität verloren. Nichtsdestotrotz können wichtige globale Ereignisse wie die eben erwähnte Rio-Konferenz dazu beitragen, strategische Weichen zu stellen. Ich möchte die folgenden Minuten allerdings nicht dazu nutzen, um auf die Ursache des Hungerproblems oder auf Rio einzugehen, sondern vielmehr möchte ich die Begrifflichkeiten in der Debatte zur Ernährungssicherung kurz erläutern. Dies wird zum besseren Verständnis der heutigen Diskussion beitragen.

Ernährungssicherung

„Von Ernährungssicherung spricht man, wenn Menschen zu jeder Zeit ungehinderten physischen, sozialen und ökonomischen Zugang zu ausreichender und ausgewogener Ernährung (1800 kcal/Tag) haben, um ein aktives und gesundes Leben zu führen“ (FAO 2009).

Wenn man sich die Erklärungen zu dieser Definition anschaut, dann werden explizit vier Dimensionen angesprochen, und zwar: Verfügbarkeit, Zugang, Stabilität und Nutzbarkeit. Dies zeigt zum einen die Komplexität und Vielschichtigkeit von Ernährungssicherung, zum anderen aber auch die Flexibilität in der Interpretation zur Erreichung von Ernährungssicherung. Beispielsweise könnte der Globale Norden zusammen mit aufstrebenden Agrarnationen wie Brasilien durch Monokulturen und eine industrielle Landwirtschaft den Rest der Welt mit Nahrung beliefern und so eine globale Ernährungssicherheit erreichen. Es bedarf wohl viel Fantasie, bei solch einem Modell von Nachhaltigkeit zu sprechen. Wenn Sie jetzt mit dem Kopf schütteln und sich denken, dass Ernährungssicherung doch auch ganz anders aussehen kann, dann liegen Sie damit natürlich ganz richtig.

Ernährungssouveränität

„Ernährungssouveränität ist das Recht aller Völker, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selber zu definieren. Im Zentrum steht der Zugang zu und die Kontrolle

über die produktiven Ressourcen (u.a. Land, Wasser, Saatgut) um eine selbstbestimmte Ernährungssicherung zu gewährleisten“ (Windfuhr/Jonsen 2005).

Auf nationaler Ebene geht es um einen selbstbestimmten Mix aus Handel und Selbstversorgung, wobei die Verfechter dieses Konzeptes die Stärkung des lokalen und regionalen Marktes in den Vordergrund stellen. Dabei kommt dem rechtssicheren Zugang zu natürlichen Ressourcen für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, speziell für KleinbäuerInnen, besondere Bedeutung zu. Denn paradoxerweise sind sie es, die weltweit mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel produzieren, aber auf der anderen Seite den Großteil der hungernden Bevölkerung ausmachen. Ebenso ist die Förderung speziell von Frauen wichtig, denn vielerorts leisten sie den Großteil der landwirtschaftlichen Aktivitäten, haben aber nur in den seltensten Fällen rechtssicheren Zugang zu Land und Ressourcen.

Auch dieses Konzept lässt Spielraum und Kreativität in der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden sollte - ob über die Förderung einer input-intensiven Landwirtschaft mithilfe einer internationalen Marktanbindung oder über agrar-ökologische Anbauweisen und einer lokal-regionalen Marktförderung. Ich denke, da können wir uns auf verschiedene Interpretationen und Ansichten freuen, wie eine Umsetzung stattfinden könnte.

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, möchte ich kurz noch auf das Recht auf Nahrung eingehen. Denn dieses ist ein weiterer zentraler Aspekt in unserer Ernährungsdebatte. Das Interessante ist, dass das Recht auf Nahrung als solches bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert wurde. Diese Menschenrechtscharta wurde von immerhin mehr als 150 Staaten anerkannt. Das Recht auf Nahrung wurde aber in den darauffolgenden Jahrzehnten weitgehend ignoriert. Erst im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte und der Debatte zu den rechte-basierten Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit trat das Recht auf Nahrung in das breitere Bewusstsein der internationalen Politik. Daraufhin gelang es im Jahr 2004, sich international auf freiwillige Leitlinien zum Recht auf Nahrung zu einigen. Zentrale Forderungen des Konzepts der Ernährungssouveränität (wie der rechtssichere Zugang zu Land für marginalisierte Bevölkerungsgruppen) finden sich auch in den Freiwilligen Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung wieder. Die Freiwilligen Leitlinien werden ein weiteres zentrales Thema unserer heutigen Diskussion sein.

Ich hoffe, dass diese kurze Einführung dem einen oder anderen den Zugang in die Diskussion erleichtert hat, und ich wünsche Ihnen jetzt viel Spaß.

Eingangsstatements der ReferentInnen



Astrid Jakobs de Pádua (BMELV)

Vor dem Hintergrund der anstehenden Rio+20 Konferenz reflektierte Frau Jakobs de Pádua in ihrem Eingangsstatement, wie die internationale Staatengemeinschaft gegen die weltweite Hungerproblematik vorgehen sollte. Sie führte Brasilien als ein Erfolgsbeispiel an, da es bis spätestens 2015 den Hunger in der Bevölkerung halbiert haben werde. Laut dem *African Human Development Report 2012* bekommt hingegen der afrikanische Kontinent trotz hervorragender natürlicher Voraussetzungen das Hungerproblem nicht in den Griff. Dies werfe die Frage auf, warum es in Afrika nicht funktioniere. Die USA hätten auf dem letzten G8-Gipfel Ernährungssicherheit erneut zu einem Schwerpunktthema gemacht und der Wirtschaft als Partner zur Bekämpfung von Hunger und Armut eine starke Rolle eingeräumt. Hier sei zu hinterfragen, welche Wirtschaftsmodelle für Afrika angemessen seien.

Weiter machte Frau Jakobs de Pádua darauf aufmerksam, dass die Begrifflichkeiten und dahinter stehenden Konzepte weiterentwickelt würden; innerhalb des CFS würde aktuell diskutiert, ob *food security* als Konzept ausreichend sei. Schließlich ginge es nicht nur um den Zugang zu kalorienmäßig ausreichender Nahrung, sondern auch um die Qualität, Angemessenheit und Ausgewogenheit der Nahrung. Frau Jakobs de Pádua hielt eine künftige Weiterentwicklung des Konzepts von *food security and nutrition* hin zu *food and nutrition security* für wichtig.

Die Frage nach großen oder kleinen Produktionsbetrieben sei falsch gestellt. Nach Frau Jakobs de Pádua braucht man beide Betriebsformen, um alle Menschen in der Landwirtschaft zu halten.

Am 11. Mai 2012 wurden weitere Freiwillige Leitlinien¹ verabschiedet, was Frau Jakobs de Pádua als einen wichtigen Schritt für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung ansieht. Freiwilligkeit sei Voraussetzung für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen und Annahme der Leitlinien durch 135 Staaten gewesen. Die Leitlinien seien ein Instrumentenkasten bzw. eine Richtschnur, dass Staaten ihre Gesetzgebung und Verwaltung in den Bereichen Land, Wälder und Fischerei nach menschenrechtlichen Standards ausgestalteten. Anerkannt und geschützt würden kodifizierte wie gewohnheitsrechtlich begründete Eigentums- und Nutzungsrechte. Es seien u.a. der Schutz von Indigenen, Genderaspekte sowie Empfehlungen zur Durchführung von Agrarreformen verankert. Ein wichtiges Kapitel sei auch die verantwortungsvolle Gestaltung von Investitionen mit Landbezug. Die Freiwilligen Leitlinien würden sich an Betroffene, Internationale Organisationen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, und Wissenschaft richten und würden trotz ihrer Freiwilligkeit eine gute Basis bieten, um *Accountability* und *Monitoring* einzufordern.



Michael Windfuhr (Deutsches Institut für Menschenrechte)

Nach Herrn Windfuhr muss die Gleichung unterbrochen werden, dass Hunger etwas mit Produktion zu tun habe. Denn trotz Produktionsüberschüssen gebe es eine Milliarde hungernde Menschen weltweit. Herr Windfuhr vertrat die Ansicht, dass das Einkommen der armen Bevölkerung gesteigert werden müsse, um Hunger zu bekämpfen.

Ländliche Entwicklung war nach Herrn Windfuhr lange Zeit ein vergessener und unterfinanzierter Politikbereich. Gleichzeitig seien im Zuge der Strukturanpassungsprogramme ineffiziente Strukturen im ländlichen Raum geschlossen worden, ohne neue zu schaffen. Vielerorts würden staatliche Unterstützungsstrukturen fehlen.

¹ Es handelt sich um die *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern*.

Mittels der vom Weltagrarrat geprägten Formel *Business as usual is not an option* machte Herr Windfuhr auf die gravierenden Bodenprobleme aufmerksam. Diese seien nicht nur eine Folge der Nutzung von Land z.B. durch das Phänomen der Verstädterung, sondern insbesondere auch der Übernutzung z.B. durch Intensivlandwirtschaft. Kritisch verwies er auch auf die Nutzung des ländlichen Raums als Energielieferanten, z.B. in Form von Biosprit. Künftiges Potenzial sieht Herr Windfuhr in der Ertragssteigerung in Ungunstgebieten.

Abschließend stellte Herr Windfuhr kritisch die Frage in den Raum, ob es eine Obsession mit KleinbäuerInnen gebe. Hierzu führte er aus, dass ländlicher Wandel Zeit brauche, die SubsistenzbäuerInnen jedoch letztlich aus der Armut herausgehoben werden müssten. Dies erfordere Einkommensmöglichkeiten jenseits der Landwirtschaft, z.B. in der weiterverarbeitenden Industrie.

In der Welternährungskrise sah Herr Windfuhr eine Gabelung. Laut ihm kommt es entweder zu einer Ertragssteigerung ohne Rücksicht auf Verluste oder zur Inwertsetzung der ländlichen Gebiete und der darin lebenden Menschen. Herr Windfuhr hofft auf die zweite Option.



Dr. Thomas Breuer (GIZ)

Herr Dr. Breuer hält steigende Agrarpreise für notwendig, um die Diskussion rund um die Ernährungssicherheit am Leben zu halten und damit neue Projektmittel sowie Investitionen in die Landwirtschaftsförderung und Ernährungssicherung zu gewährleisten. Die Herausforderung bestehe allerdings darin, stabile Nahrungsmittelpreise zu wahren. Die Subsistenzwirtschaft dürfe nicht als Glückszustand missverstanden werden, weswegen Herr Dr. Breuer in seinem Diskussionsbeitrag eine moderne und zukunftsfähige Landwirtschaft forderte, insbesondere mit Blick auf Afrika. Diese ist für ihn eine unternehmerische Landwirtschaft. Dabei gehe es nicht nur um Ertragssteigerung, sondern insbesondere um

Einkommenssteigerung bei KleinbäuerInnen, Landarbeitern und weiteren Beschäftigten in den Produktionsketten. Auch müsse für den eigenen Markt (Erhöhung der Selbstversorgungsgrade der Länder) und nicht nur für den Weltmarkt produziert werden.

In diesem Zusammenhang stellte er das inklusive Geschäftsmodell vor. Gemäß den Ausführungen von Herrn Dr. Breuer anerkennt das inklusive Geschäftsmodell den ländlichen Raum als wichtigen sozialen Raum und als Produktionsraum und zielt darauf ab, die KleinbäuerInnen und Landarbeiter zu integrieren. Hierzu sei es wichtig, die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhöhen, der laut Herrn Dr. Breuer ein negatives Image hat. Bei der Umsetzung des inklusiven Geschäftsmodells wies Herr Dr. Breuer der Privatwirtschaft eine wichtige Rolle zu. Die Politik setze die Rahmenbedingungen, und die Privatwirtschaft, wozu er auch die KleinbäuerInnen zählte, müsse ihre Produktionssysteme durch Investitionen modernisieren. Eine weitere Aufgabe für die Privatwirtschaft sah er in den Beratungsleistungen und der „Grundausbildung light“, in denen den BäuerInnen Grundlagen etwa zu Betriebswirtschaft, Bodenfruchtbarkeit, Pflanzenproduktion, Düngung vermittelt würden. Herr Dr. Breuer hielt staatliche Interventionen bei Grundnahrungsmitteln für notwendig jedoch nicht bei Handelsgütern.

Mit der Phrase „Der afrikanische Bauer und sein Ehemann“ machte Herr Dr. Breuer die starke Präsenz von Frauen in der Landwirtschaft deutlich. Er sprach sich für eine künftige Stärkung der Rolle der Frau aus, v.a. mit Blick auf das Thema Ernährungssicherung.



Christine Chemnitz (Heinrich-Böll-Stiftung)

Frau Chemnitz kritisierte die Polarisierung des industriell globalen Agrarmodells mit dem lokal kleinbäuerlichen Modell und rief stattdessen zur Suche nach vielfältigen Lösungen auf. Während beispielsweise Länder in Nordafrika auch künftig ihre Nahrungsmittel importieren müssten, könnten andere Länder wiederum ihre Versorgung mit Grundnahrungsmitteln erhöhen.

Grundsätzlich forderte Frau Chemnitz eine geschlechtersensible Debatte. Obwohl weltweit 60 Prozent der Armen weiblich seien und Frauen überwiegend die Familien zu ernähren hätten, seien während der Welternährungskrise 2007/08 geschlechterblinde Lösungen diskutiert worden. Folgende Fragen müssen ihr zufolge gestellt werden: Wie gut sind Technologien für Frauen zugänglich? Für welche landwirtschaftlichen Produkte werden Beratungen angeboten? Gibt es überhaupt Forschung dazu, welches Wissen und welche technischen und sozialen Innovationen Frauen brauchen? Ähnliche Fragen seien auch mit Blick auf den Ressourcenzugang zu stellen. Denn hier gelte es zu klären, wer bei gemeinsamer Landnutzung letztlich entscheide, ob das Land verpachtet oder verkauft werde. Mit Rückgriff auf den Bericht der FAO *The State of the Food Insecurity in the World 2011* argumentierte sie, dass landwirtschaftliche Erträge bei einem stärkeren Fokus auf Frauen um 50 Prozent steigerbar wären. Hieraus leitete sie die Forderung nach einer grundsätzlichen Änderung von Machtverhältnissen ab.

Abschließend reagierte Frau Chemnitz in ihrem Eingangsstatement auf die Beiträge der übrigen Podiumsgäste. Zum Aspekt der Investitionen merkte sie an, dass mehr und andere Investitionen erforderlich seien. Diese müssten in einen klaren, politischen Rahmen eingebettet sein. Als Negativbeispiel führt sie die Investitionen in Düngemittel ein, die ökologisch fatal seien. Weiter forderte sie ein Denken in globalen Zusammenhängen, da lokale Produktions- und Konsumgüter die globalen Produktionsmuster beeinflussten.

Die Podiumsdiskussion



Die Moderatoren fokussierten die Podiumsdiskussion auf drei thematische Blöcke: den Zugang zu natürlichen Ressourcen, die Rolle der Landwirtschaft zur Erreichung der Ernährungssicherheit und schließlich die Ernährungssouveränität.

Zugang zu natürlichen Ressourcen

Die ReferentInnen diskutierten den Zugang zu natürlichen Ressourcen in Verbindung mit den Freiwilligen Leitlinien. Einigkeit bestand dahingehend, dass die Freiwilligen Leitlinien ein Druckmittel der Zivilgesellschaft seien, um Rechte einzufordern. Hierbei wiesen die ReferentInnen der Entwicklungszusammenarbeit die Aufgabe zu, die Bekanntheit der Freiwilligen Leitlinien durch Aufklärungsarbeit voranzutreiben. Kritisch hinterfragt wurde auf dem Podium, ob denn tatsächlich alle marginalisierten Gruppen ihre Rechte in Anspruch nehmen könnten oder ob nicht fehlendes Wissen und lokale Machtverhältnisse bestimmte Personengruppen hieran hinderten. In diesem Zusammenhang sprach sich Frau Chemnitz für eine Doppelstrategie aus. Es müsse erstens ein legislativer Rahmen geschaffen werden und zweitens müssten die Machtstrukturen in ländlichen Gemeinden verändert werden. Die

Nützlichkeit der Freiwilligen Leitlinien für zivilgesellschaftliche Akteure aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden wurde allgemein anerkannt.

Im weiteren Verlauf lenkte das Moderatorenteam die Diskussion auf den Aspekt der Freiwilligkeit. Angestoßen von der Frage, warum die Leitlinien freiwillig und nicht verbindlich seien, nannten die ReferentInnen diesbezüglich unterschiedliche Aspekte. Frau Jakobs de Pádua verwies darauf, dass die Leitlinien viel weitgehender seien als von manchem Regierungsvertreter gedacht. Herr Windfuhr führte aus, dass das Recht auf Nahrung bereits völkerrechtlich verbindlich sei und dass die Leitlinien die Staaten bei der progressiven Umsetzung des Rechts auf Nahrung unterstützen würden. Da es hingegen kein Recht auf Land gebe, verhalte es sich bei den *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern* anders. Zwar wäre hier eine Konvention wünschenswert gewesen, so Herr Windfuhr, allerdings hätte dies zu lange gedauert. Das Beispiel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zeige indes, dass auch nicht sanktionierte Deklarationen und Texte eine große Wirkung entfalten könnten.

Abschließend stellte Herr Dr. Breuer das inklusive Geschäftsmodell als Lösungsansatz vor, um Ernährungssicherheit zu erreichen. Ziel dieses Ansatzes sei es, die Armen an der aufstrebenden Agrarentwicklung zu beteiligen. Hierfür forderte er große Projekte und Land für Investoren, wobei aber bestehende Landnutzungsrechte beachtet werden müssten. Herr Dr. Breuer sprach sich auch für die Förderung der Tierhaltung aus (v.a. Kleintier- und die haushaltsnahe Tierhaltung), da diese häufig eine Frauen-Domäne sei und Frauen mit ihrem Einkommen zur Ernährung der Familie beitragen würden. Die Unterstützung von Bauernverbänden im ländlichen Raum begrüßte er. Die Düngemittelsubvention wiederum nannte er die einzige Möglichkeit, wie Staaten ihre BäuerInnen unterstützen könnten. Hierzu merkte Frau Chemnitz kritisch an, dass Düngemittelsubvention in jedem Fall eine Zeitdimension enthalten müsse; die BäuerInnen dürften nicht von sich verteuernenden Düngemitteln abhängig gemacht werden.

Die Rolle der Landwirtschaft zur Erreichung der Ernährungssicherheit

Die Diskussion hatte ihren Ausgangspunkt in der Fragestellung, wie die Landwirtschaft in Entwicklungsländern ausgestaltet werden müsste, um nachhaltig zur Ernährungssicherung beizutragen. Die PodiumsteilnehmerInnen nannten einzelne Aspekte wie die Schaffung einer Unternehmer-Mentalität, die Erhöhung der lokalen Produktion, den Aufbau von Wertschöpfungsketten, Beratung für ein „schlaues Bodenmanagement“ und alternative

Konsummuster in Europa. Frau Jakobs de Pádua formulierte als Leitprinzip eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Ganzheitlichkeit.

Eine kontroverse Diskussion entspann sich zwischen den ReferentInnen, als sie Alternativen zur Düngemittelsubvention diskutierten. Unterschiedliche Einschätzungen bestanden hierbei insbesondere beim Nachernteschutz. Hintergrund hierzu ist, dass in Entwicklungsländern ca. 20-50 Prozent der Ernte verloren gehen. Zum einen gab es unter den PodiumsteilnehmerInnen unterschiedliche Positionen dazu, ob man mehr Forschung zum Nachernteschutz bräuchte oder ob vielmehr das vorhandene Wissen konsequent umgesetzt werden müsste. Zum anderen blieb der Stellenwert des Nachernteschutzes strittig. So gab es die Position, dass der Nachernteschutz allein nichts nütze, solange die Agrarpreise niedrig seien. Denn für die Erzielung von Einkommen seien letztlich Preisanreizwirkungen wichtig.

Ernährungssouveränität

Unter dem Stichwort Ernährungssouveränität brachten die ReferentInnen unterschiedliche Aspekte in die Diskussion ein. Herr Windfuhr forderte etwa eine Landwirtschaftliche Institutionenkunde, da seit der Abschaffung der *Marketing Boards* landwirtschaftliche Infrastruktur fehle und es hierzu zu wenig Wissen gäbe. Einigkeit bestand auf dem Podium über die Notwendigkeit einer standortangepassten Landwirtschaft. Die Steigerung der Produktivität pro Landwirtschaftsbetrieb, indem sich beispielsweise NachbarInnen Maschinen teilen, wurde ebenfalls erwähnt. Laut Herrn Windfuhr muss die künftige Landwirtschaft solar sein.

Ernährungssouveränität umschrieb Herr Windfuhr als Demokratie im lokalen Nahrungsproduktionssystem und als den Anspruch von BäuerInnen, mehr Souveränität darüber zu haben, was sie betrifft. Frau Jakobs de Pádua verwies auf die internationale Dimension. Ihrer Meinung nach müssen die KleinbäuerInnen und Staaten selbst entscheiden, was sie jeweils bräuchten; Aufgabe der großen Geldgeber sei es, sie hierin zu unterstützen. Ergänzend führte Herr Dr. Breuer das Beispiel einer kleinbäuerlichen High Input-Landwirtschaft in Thailand an, wo ein Weg jenseits der Pole gewählt worden sei. Die Vision von Frau Chemnitz für eine umfassende Agrarpolitik beinhaltete eine Agrarhandelspolitik, die die Menschenrechte achte und die künftige Herausforderung erkenne, Agrargüter und Ressourcen nachhaltig zu nutzen.

Die Publikumsdiskussion



In der Publikumsdiskussion wurden Aspekte aus der Podiumsdiskussion vertieft und neue Themen in die Diskussion eingebracht.

Herr Dr. Breuer hält das inklusive Businessmodell nicht für exklusiv. Er vertrat die Position, dass gerade Klein- und Kleinstbetriebe und auch Landarbeiter und Tagelöhner im inklusiven Geschäftsmodell aufgehen würden, solange sie nachgefragte Güter produzierten. Kritisch auf die Allianz für Agrarentwicklung angesprochen, machte er deutlich, dass die GIZ nur dann mit Unternehmen zusammenarbeite, wenn diese entwicklungspolitische Ziele unterschrieben. Er unterstrich zudem, dass Landwirtschaft in Afrika in der entwicklungspolitischen Diskussion noch ein Nischenthema sei. Es würde attraktiver, indem man mit Unternehmen zusammenarbeite und diese ebenfalls Druck auf Regierung und Geber ausübten, mehr in Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung zu investieren. Das Thema Ernährungssicherheit muss ihm zufolge in die Breite getragen werden; Lobbyarbeit sei notwendig, um mehr ODA-Mittel zu erhalten. Qualitätsstandards seien nicht nur exklusiv, sondern würden den Betrieben auch wichtige Betriebsdaten etwa zum Ernteertrag, Düngereinsatz und der Kostenstruktur liefern. Um zukunftsfähig zu sein, müssten sich Kleinstbetriebe organisieren, um die Transaktionskosten zu senken. Im Schutz öffentlicher Güter wie Biodiversität und Wasser sieht er eine staatliche Aufgabe.

Eine Besucherin forderte zur kritischen Überprüfung dessen auf, was Regierungen in ihren Entwicklungsplänen festhalten würden. Denn dies sei mitnichten in jedem Fall nachhaltig, wie das Beispiel Brasiliens zeige. Das brasilianische Entwicklungsmodell beruhe auf extremen Extraktivismus ohne Nachhaltigkeit. Die Vertreibung der Bevölkerung und Verseuchung von Wasser und Böden belegten dies.

Einen weiteren Diskussionsstrang bildete der Zusammenhang zwischen demographischer Entwicklung und Ernährungssicherung. Herr Dr. Breuer plädierte in der Auseinandersetzung mit Produktionssteigerung und Bevölkerungswachstum dafür, das Konzept der Tragfähigkeit mitzudenken. Frau Chemnitz vertrat die Ansicht, dass mit anderen Konsum- und Produktionsstrukturen viel mehr Menschen als bislang ernährt werden könnten.

Als neuer Aspekt wurde die Gesundheit, insbesondere von Kindern, in die Diskussion eingebracht. Hintergrund ist, dass Mangel- und Unterernährung während der ersten fünf Lebensjahre fatale Konsequenzen für die menschliche Entwicklung haben. Als eine mögliche Strategie zur Hungerbekämpfung wurde das Grundeinkommen erwähnt. Brasilien habe es so geschafft, in kurzer Zeit die Zahl der Hungernden zu halbieren. Auch hätten Sozialtransfers in Simbabwe enorme Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern gezeigt; In diesem Zusammenhang wurde auch die Biofortifizierung diskutiert, um Mangelernährung zu lindern. Es wurden auf dem Podium Zweifel geäußert, dass das Saatgut bei den bedürftigen Menschen ankäme. Trotzdem sei Biofortifizierung im Katastrophenfall extrem wichtig.

Ein Besucher kritisierte die Inkohärenz zwischen der Entwicklungs- und Handelspolitik. In den EU-Mitgliedsstaaten produziertes Hähnchenfleisch und Tomaten seien nach Ghana exportiert worden und hätten dort die lokale Ökonomie kaputt gemacht. Die PodiumsteilnehmerInnen stimmten darin überein, dass internationale Handels- und Investitionsabkommen viel stärker daraufhin überprüft werden müssten, wie sie sich auf vulnerable Gruppen auswirkten. Allgemeine Unterstützung fand auch der Hinweis, nicht undifferenziert von Afrika zu sprechen, sondern stattdessen auf einzelne Länder einzugehen.

Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass es bereits 2050 kein Phosphor und Kalium mehr geben werde; Der Fortbestand der bisherigen Landwirtschaft sei gefährdet. Herr Windfuhr erläuterte den Begriff solare Landwirtschaft. Laut ihm ist die dichteste Beschreibung in einem Bericht vom Weltagrarrat zu finden und enthält als Kerngedanken die Multifunktionalität von Landwirtschaft. Beispielsweise könnten Grünflächen CO₂ speichern.

Abschlussstatements

In einem Abschlussstatement gaben die ReferentInnen ihre Wünsche für die Rio+20 Konferenz bekannt, um eine nachhaltige Ernährungssicherung zu erreichen.

Gemäß des Mottos *No green economy without greening agriculture* wünschte sich Herr Windfuhr eine stärkere Präsenz des Themas ökologisch nachhaltige Landwirtschaft.

Frau Jakobs de Pádua wünschte sich, dass das Landthema prominent behandelt und die Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien vorangetrieben werde.

Neben einem neuen, in die Zukunft weisenden Konferenztitel, wünschte sich Herr Dr. Breuer eine stärkere Verbindung zwischen Umweltaspekten und Ressourcenmanagement. Insbesondere die Landwirtschaft und Forstwirtschaft als Themen des Klimaschutzes und der -anpassung sollten stärker einbezogen werden.

Frau Chemnitz wünschte sich von der Weltgemeinschaft mehr Verständnis dafür, dass Klimakrise, Landwirtschaft, Hunger und Armut miteinander verbunden seien.

Anhang

Kurzbiografien der ReferentInnen

Die ReferentInnen



Dr. Thomas Breuer, GIZ

Er ist seit 2008 für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als Fachberater/ Fachplaner im Agribusiness-Sektor tätig; aktuell arbeitet er im Sektorvorhaben Agrarhandel und Wirtschaftskooperation im ländlichen Raum.



Astrid Jakobs de Pádua, BMELV

Sie ist seit 2008 Leiterin des Referats "Welternährung, Internationale Organisationen der Ernährungs- und Landwirtschaft" im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Zuvor war sie als Referentin für Landwirtschaft an der Deutschen Botschaft in Argentinien und in der FAO in Rom tätig.



Christine Chemnitz, Heinrich-Böll-Stiftung

Sie ist Referentin für Internationalen Agrarhandel in der Abteilung Internationale Zusammenarbeit bei der Heinrich-Böll-Stiftung.



Michael Windfuhr, Deutsches Institut für Menschenrechte

Er ist seit 2011 stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Zuvor hat er die Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Information und Action Network) mitgegründet und geleitet und war dort Generalsekretär; ebenso war er Vertreter von FIAN bei den Vereinten Nationen.